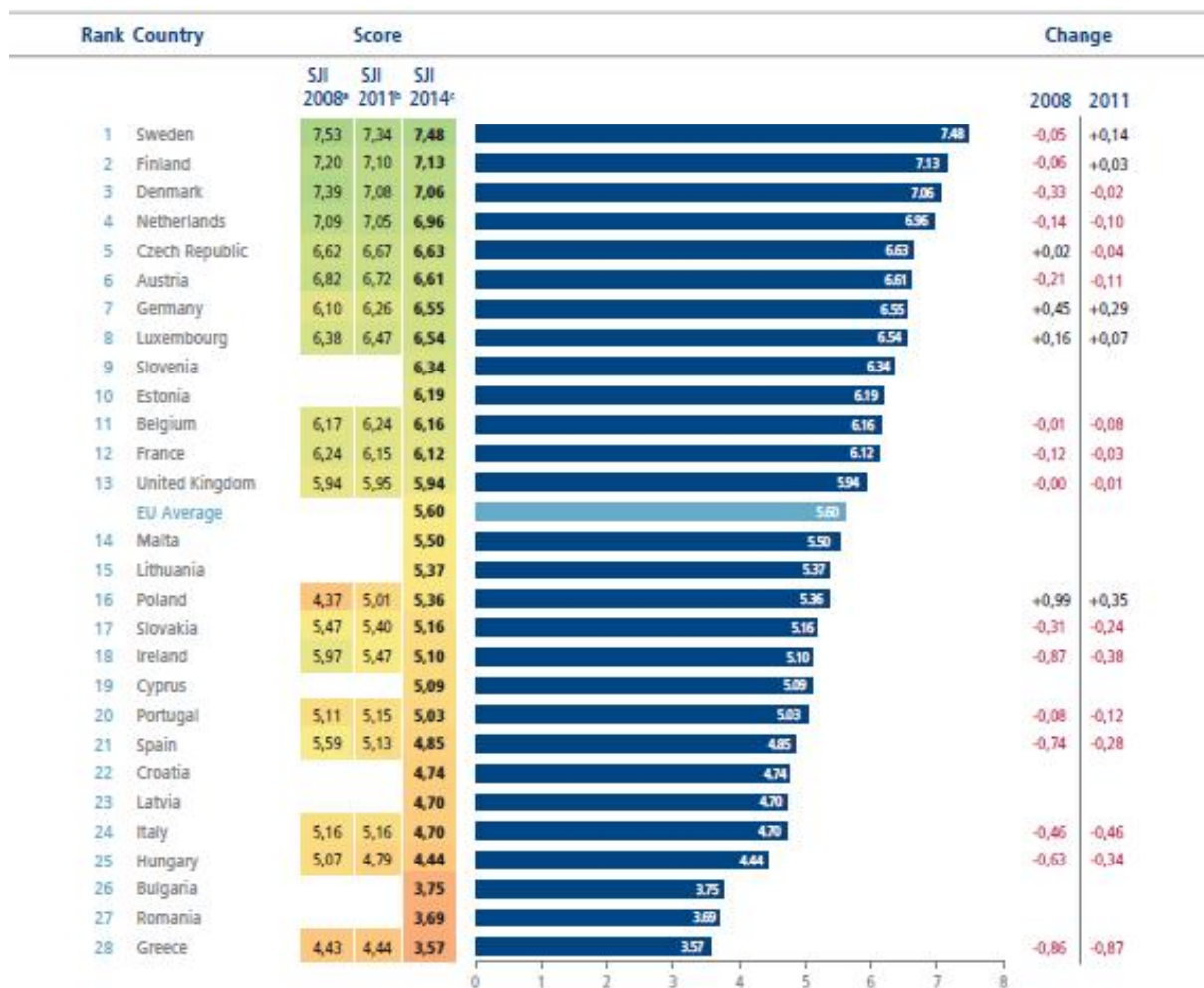


Studie „Soziale Gerechtigkeit in der EU“ – Kernergebnisse und Ableitungen

- Negativtrend bei sozialer Gerechtigkeit – soziale Spaltung innerhalb der EU nimmt zu: Schweden, Finnland, Dänemark und die Niederlande top. Dagegen ist es insbesondere in den südeuropäischen Krisenstaaten nicht gelungen, die Einschnitte sozial gerecht zu verteilen. Kinder und Jugendliche stärker negativ betroffen als ältere Menschen.**
- Wirtschaftlicher Wohlstand allein ist kein Garant für soziale Gerechtigkeit.**
- Das Thema soziale Gerechtigkeit muss stärker ins Zentrum der europapolitischen Agenda rücken.**
- Inklusives und nachhaltiges Wachstum: Richtige Weichenstellungen zwischen Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen vornehmen.**



Source: Own calculations (a: Data used for constructing the index refer to the period 2005-2007/8; b: data refer to 2008-2010; c: data refer to 2011-2013).

BertelsmannStiftung

1. Negativtrend bei sozialer Gerechtigkeit – soziale Schieflage innerhalb der EU hat zugenommen

Der EU Social Justice Index umfasst sechs Dimensionen: **Armutsvermeidung, Zugang zu Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt, soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung, Gesundheit und Generationengerechtigkeit.**

Unsere Analyse hat gezeigt: **Soziale Gerechtigkeit hat über die letzten Jahre hinweg in der EU abgenommen.** Zudem ist **innerhalb der EU das Ausmaß der sozialen Gerechtigkeit in höchst unterschiedlichem Maße** verwirklicht.

An der **Spitze** des Vergleichs stehen die **nordeuropäischen Staaten Schweden, Finnland, Dänemark sowie die Niederlande.** Gerade jedoch in den **südeuropäischen Krisenstaaten Griechenland, Spanien und Italien** sowie in **Irland und Ungarn** ist die soziale Ungerechtigkeit **durch die Krise nochmals deutlich gestiegen.** Die Ergebnisse des Ländervergleichs sowie die darin berücksichtigten Ländergutachten der jüngsten SGI-Erhebung legen die Schlussfolgerung nahe, dass die **harte Sparpolitik im Zuge der Krise** und die strukturellen Reformen zur wirtschafts- und haushaltspolitischen Stabilisierung negative Auswirkungen auf das jeweilige Maß sozialer Gerechtigkeit in den meisten Staaten hatten. **Vor allem in den Krisenstaaten ist es nicht gelungen, die Einschnitte sozial gerecht zu verteilen.** Insgesamt konnten sich über die Zeit betrachtet lediglich Luxemburg, Deutschland und Polen im Vergleich zum Social Justice Index aus dem Jahr 2008 verbessern.

Die **Stärke** der nordischen Staaten **Schweden, Finnland und Dänemark** sowie der **Niederlande** (Rang 1-4) ist hauptsächlich zurückzuführen auf eine gute Performance im Bereich **Armutsvermeidung, Arbeitsmarktzugang** sowie **soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung.** Hier besteht die Herausforderung für die Zukunft darin, die immer noch **mangelhaften Zugangschancen von Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt** zu überwinden, genauso wie die Bekämpfung der seit Jahren relativ hohen **Jugendarbeitslosigkeit** in Schweden und Finnland.

Deutschland konnte sich insbesondere aufgrund der sehr **robusten Entwicklung am Arbeitsmarkt im Gesamtvergleich verbessern.** Der Aufwärtstrend darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass es auch hier und in ähnlichen kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten noch Reformbedarf gibt: Hierzu zählen ein dualer Arbeitsmarkt **mit mangelhafter vertika-**

ler Durchlässigkeit von „atypischen“ **Beschäftigungsverhältnissen** (ausgeweiteter Niedriglohnsektor, Befristungen) in „Normalarbeitsverhältnisse“ oder auch der nach wie vor **starke Einfluss des sozialen Hintergrundes auf den Lernerfolg von Schülern**.

Von einer **anderen Qualität sind jedoch die Probleme am unteren Ende des Rankings**: Griechenland leidet derzeit unter einer **Jugendarbeitslosigkeit** von beinahe 60 Prozent, einem rasanten Anstieg des **Armutsrisikos** nicht zuletzt unter **Kindern** und **Jugendlichen**, einem durch die Sparmaßnahmen hart getroffenen **Gesundheitssystem**, Diskriminierungen von **Minderheiten** durch stärker werdende **radikale** politische Kräfte sowie einem enormen **Schuldenberg** als Hypothek für künftige Generationen. In anderen südeuropäischen Staaten bietet sich ein ähnliches Bild.

Das **Gefälle** zwischen den Teilhabechancen in den **noch immer wohlhabenden Staaten Nordeuropas und den südlichen Krisenländern** hat sich dadurch **vergrößert**. Dies birgt Zündstoff für den gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb der EU. Sollte die soziale Spaltung lange andauern oder sich sogar noch weiter verschärfen, gefährdet dies die Zukunftsfähigkeit des europäischen Integrationsprojekts.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich die Krise insgesamt auch in unterschiedlicher Art und Weise auf die Generationen ausgewirkt hat. Beim **Vergleich** von **Kinderarmut** und **Altersarmut** sind durch die negative Entwicklung der letzten Jahre **Kinder und Jugendliche überproportional stärker betroffen** und benachteiligt. Insgesamt hat das Armutsrisiko in der EU in den letzten Jahren zugenommen. EU-weit sind rund ein **Viertel der Menschen von Armut oder sozialer Exklusion** betroffen. Von den selbst gesteckten Zielen zur Vermeidung von Armut im Rahmen der EU 2020-Strategie ist die EU damit weit entfernt.

Detailergebnisse in den Dimensionen sozialer Gerechtigkeit

Betrachtet man die Gesamtergebnisse zusätzlich entlang der sechs verschiedenen Dimensionen des Gerechtigkeitsindex, zeigt sich ein sehr gemischtes Bild der Stärken und Schwächen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten.

Armutsvermeidung: Rund 25 Prozent der Menschen innerhalb der Europäischen Union sind von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht (2012) – rund 1,1 Prozentpunkte mehr als noch 2010. Die entsprechende EU-weite Quote für Kinder und Jugendliche liegt inzwischen gar bei

28 Prozent. Von den selbst gesteckten Zielen zur Vermeidung von Armut und sozialer Exklusion ist die EU damit weit entfernt. Die Diskrepanz zwischen einem armen Süden und Südosten Europas einerseits und einem wohlhabenden Norden andererseits ist enorm. Dieser Missstand müsste viel stärker als bisher zu einem echten europäischen Thema werden und die politische Agenda bestimmen. Während absolute Armut – gemessen anhand des Ausmaßes schwerwiegender materieller Entbehrungen – in den Staaten Skandinaviens kaum eine gesellschaftspolitische Herausforderung darstellt, sind in Rumänien und Bulgarien zwischen 40 und 50 Prozent der Menschen von so genannter materieller Deprivation betroffen. Dies gilt nochmals mehr für Kinder und Jugendliche. Der Anstieg der Armut für diese Risikogruppe war zudem gerade in den Krisenstaaten in den letzten Jahren geradezu rasant. Für die betroffenen Menschen sind die Grundvoraussetzungen für soziale Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben damit schlicht nicht vorhanden.

Zugang zu Bildung: Ob eine Gesellschaft als sozial gerecht gelten kann, hängt neben der Frage der Armutsvermeidung auch maßgeblich von der Verteilung und Ausgestaltung der Bildungschancen ab. Schweden, Litauen, Dänemark, Estland und Finnland sind die bestplatzierten EU-Staaten in dieser Indexkategorie. Der Einfluss des jeweiligen sozialen Hintergrundes auf den Lernerfolg eines Schülers/einer Schülerin ist dabei in Finnland und Estland am geringsten ausgeprägt. Zugleich haben beide Länder die besten Ergebnisse bei der letzten PISA-Lernstands-erhebung erzielt. Dies zeigt, dass ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit und ein leistungsfähiges Schul- und Bildungssystem keineswegs in einem Zielkonflikt zueinander stehen müssen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang, dass die finnische Regierung trotz des bereits erreichten Grades an Gerechtigkeit und Qualität in ihrem aktuellen bildungspolitischen Regierungsprogramm für 2011 bis 2016 nochmals einen besonderen Fokus auf die Vermeidung von Armut, Ungleichheit und Exklusion im Kontext Bildung legt. Dies könnte ein positives Beispiel für die Länder sein, die in dieser Indexkategorie am unteren Ende des Vergleichs rangieren.

Zugang zu Beschäftigung: Insgesamt haben sich in der breiten Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten in Folge der Krise die Zugangschancen zum Arbeitsmarkt verschlechtert. Dem in der Europa 2020-Strategie deklarierten Ziel, eine Beschäftigungsquote von 75 Prozent erreichen zu wollen, ist die Union in den vergangenen Jahren nicht näher gekommen. Die Quote stagniert bei 68 Prozent. Im Gesamtvergleich bieten Österreich, Deutschland und die Niederlande gefolgt von den nordischen Staaten die besten Zugangschancen zum Arbeitsmarkt, wenngleich nicht zuletzt die skandinavischen Staaten die Effekte der Krise auf dem heimischen

Arbeitsmarkt deutlich zu spüren bekamen. Vor allem Dänemark, das mit seinem Flexicurity-Modell Anfang des Jahrzehnts zum Vorbild für arbeitsmarktpolitische Reformen in anderen Ländern wurde, musste seit 2007 einen erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit von 3,8 auf zuletzt 7,7 Prozent hinnehmen. Deutschland, das sich entgegen dem EU-Trend stark verbessern konnte, wird statt-dessen von anderen EU-Mitgliedstaaten zunehmend als Vorbild für arbeitsmarktpolitische Reformen betrachtet. Dies gilt nicht zuletzt für das in Deutschland etablierte System der dualen Berufsausbildung. Die EU-weiten Gerechtigkeitsprobleme am Arbeitsmarkt zeigen sich vor allem in den ungleich verteilten Zugangschancen verschiedener gesellschaftlicher Risikogruppen. Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen und Geringqualifizierten etwa ist nicht nur in den südeuropäischen Krisenländern ein sehr massives Problem, sondern auch in Ländern wie der Slowakei, Lettland oder Irland. In all diesen Ländern hat sich diese Situation zudem in einer extrem hohen Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Dies besonders besorgniserregend, denn Langzeitarbeitslosigkeit zählt zu den größten Risiken für Armut und soziale Exklusion. Problematisch sind zudem die in fast allen Staaten erkennbaren Tendenzen hin zu einem dualen Arbeitsmarkt mit einer teils drastischen Zunahme atypischer Beschäftigungsformen mit geringer vertikaler Durchlässigkeit. In Spanien und Zypern etwa sind über 90 Prozent der zeitlich befristet angestellten Personen unfreiwillig in einem derartigen Beschäftigungsverhältnis.

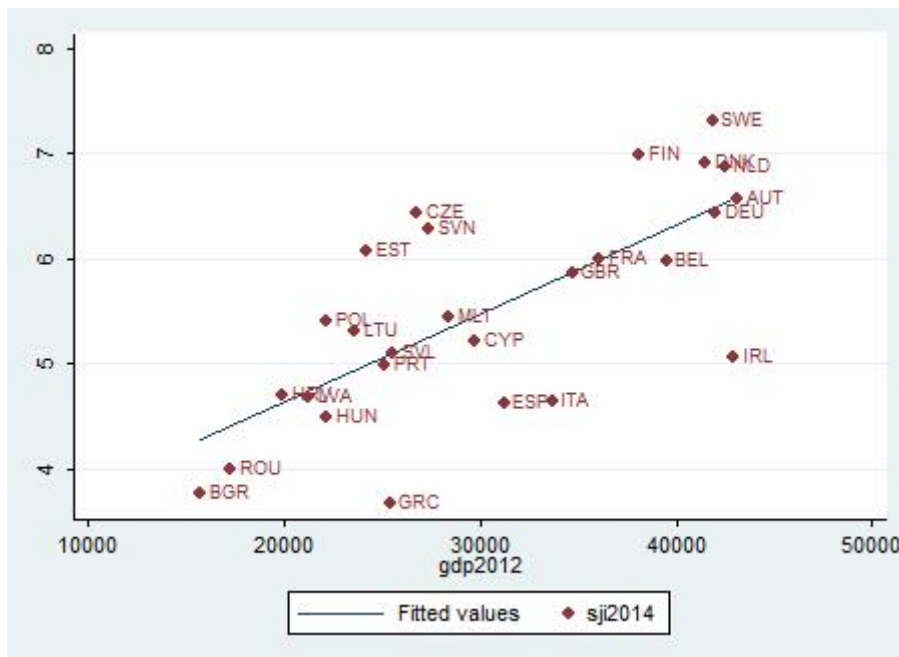
Soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung: In dieser Dimension des Gerechtigkeitsindex wird bewertet, inwiefern es gelingt, weiteren Tendenzen gesellschaftlicher Polarisierung, Ausgrenzung und der Diskriminierung bestimmter Gruppen entgegenzuwirken. Insgesamt schneiden Schweden, die Niederlande, Finnland, Dänemark, Luxemburg und Deutschland am besten in dieser Kategorie ab. Tendenzen der Diskriminierung und Polarisierung werden in den noch immer vergleichsweise egalitären Gesellschaften der nordischen Staaten wirkungsvoll vermieden. Doch auch in diesen kleinen und homogenen Staaten nimmt die Einkommenspolarisierung zu, und vor allem für Menschen ausländischer Herkunft sind die Chancen gerade im Bereich Arbeitsmarkt und Bildung schlechter als für im Inland geborene Personen und Menschen ohne Migrationshintergrund. Für ihre Integrationspolitik bekommen die nordischen Staaten folglich keine Bestnoten. Neben der für alle EU-Mitgliedstaaten geltenden Herausforderung, Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Teilhabechancen zu eröffnen, zeigen sich in einer Reihe von EU-Staaten zudem massive Diskriminierungstendenzen gegenüber ganz bestimmten Minderheiten. Dies gilt vor allem für die Gruppe der Roma, die nicht zuletzt in Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Slowakei erhebliche Einschränkungen und Diskriminierungen hinnehmen muss. Von gleichen Verwirklichungschancen für diese Bevölkerungsgruppe kann dort keine Rede sein. 7

Gesundheit: Auch die Frage möglichst inklusiver Zugangschancen zu qualitativ hochwertigen Gesundheitsleistungen muss bei einer Beurteilung der sozialen Gerechtigkeit Berücksichtigung finden. Soziale Teilhabe kann maßgeblich durch schlechte Gesundheitsbedingungen eingeschränkt werden. Sehr gute Bedingungen herrschen in dieser Hinsicht in Schweden, Luxemburg, Belgien, den Niederlanden und Dänemark vor, während Rumänien, Lettland und Ungarn die größten Defizite offenbaren. Die massive Unterfinanzierung des rumänischen Gesundheitssystems etwa führt zu starken Ungleichbehandlungen und Korruption. In eine ähnliche Richtung zeigen die Probleme in Griechenland. Dort haben die harten Sparmaßnahmen zu drastischen Einschnitten im Gesundheitswesen geführt. Zudem sind viele Menschen aufgrund der gestiegenen Armut nicht mehr in der Lage, notwendige Behandlungen durchführen zu lassen.

Generationengerechtigkeit: Soziale Gerechtigkeit ist schließlich auch eine Frage der Verteilung von Teilhabechancen zwischen Jung und Alt. Gegenwärtige Generationen dürfen nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben. Ungerechte Lastenverschiebungen und negative Folgewirkungen in ökonomischer, sozialer und ökologischer Hinsicht sollten vermieden werden. In der Gesamtbetrachtung dieser Indexkategorie liegen Schweden, Finnland, Dänemark und Estland deutlich an der Spitze. Diese Länder schaffen es am besten, bei gleichzeitig hohem demographischem Problemdruck in die Chancen der jungen Menschen und Familien zu investieren. Auch bei Fragen der ökologischen und fiskalischen Nachhaltigkeit sowie der Investition in Forschung und Entwicklung schneiden diese Länder gut ab, so dass sie die komplexen, multidimensionalen Anforderungen einer generationengerechten Politik am ehesten erfüllen. Die größten Defizite in Sachen Generationengerechtigkeit herrschen dagegen in den demographisch „alten“ und zudem hoch verschuldeten Krisenstaaten Italien und Griechenland. Hier muss im Interesse künftiger Generationen ohne Frage eine Konsolidierung der Haushalte hohe Priorität genießen. Bei der Haushaltskonsolidierung ist jedoch darauf zu achten, dass Investitionen in besonders zukunftsrelevante Politikbereiche so weit wie möglich aufrechterhalten werden können. Massive Einsparungen gerade im Bereich Bildung oder Forschung und Entwicklung – wie zuletzt etwa in Spanien zu beobachten – sind sowohl aus einer Perspektive der sozialen Gerechtigkeit als auch der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Mitgliedstaaten nicht zielführend. Sie sind sogar äußerst gefährlich.

2. Wohlstand allein ist kein Garant für soziale Gerechtigkeit

Die großen in der Studie beschriebenen **Unterschiede in Sachen sozialer Gerechtigkeit** legen die Frage nahe, ob es sich dabei um die **Konsequenz rein ökonomischer Disparitäten** zwischen den Staaten handelt. Mit anderen Worten: **Sind Staaten grundsätzlich sozial gerechter, wenn es ihnen wirtschaftlich besser geht?**



Die Abbildung lässt folgende Schlussfolgerung zu: Die Wirtschaftsleistung eines Landes gemessen am **Bruttoinlandsprodukt** hängt in der Tat stark mit dem jeweiligen Ausmaß sozialer Gerechtigkeit zusammen. Länder mit einem höheren ökonomischen Leistungsniveau sind **im Durchschnitt auch sozial gerechter**. Eine genauere Betrachtung offenbart jedoch **sehr interessante Unterschiede**. Allen voran **Tschechien, Slowenien** und **Estland** zeigen, dass trotz einer nur **mittelmäßigen Wirtschaftsleistung** dennoch ein vergleichsweise **hohes Maß** an **sozialer Gerechtigkeit** möglich ist. Das Abschneiden Estlands ist in erster Linie zurückzuführen auf gute Ergebnisse in den Feldern **Bildung** und **Generationengerechtigkeit**, während Tschechien bei der **Armutsvermeidung** sehr gut dasteht.

Im Gegensatz dazu haben **Griechenland, Spanien** und **Italien** ein vergleichbar **hohes BIP**, jedoch schneiden sie im **Social Justice Ranking** weitaus **schlechter** ab. Genauso hat **Irland** in etwa dieselbe Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung wie Deutschland oder gar Gerechtigkeits-Musterschüler Schweden. Bei der sozialen Gerechtigkeit ist Irland jedoch nur unteres Mittelmaß.

Soziale Gerechtigkeit ist insofern keineswegs allein eine Frage wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Länder wie Spanien, Griechenland, Italien oder Irland täten also gut daran, ihre Anstrengungen in den kommenden Jahren darauf zu konzentrieren, nicht nur wieder auf einen stabilen Wachstumspfad zu gelangen, sondern dabei auch **verbesserte Teilhabechancen breiterer Bevölkerungsschichten anzustreben.**

3. Das Thema soziale Gerechtigkeit muss stärker ins Zentrum der europapolitischen Agenda rücken

In den letzten Jahren der Krise standen vor allem die Themen **Eurorettung, Haushaltskonsolidierung** und **wirtschaftliche Wiederbelebung** im Vordergrund des europapolitischen Diskurses. Im Zuge der harten **Austeritätspolitik** wurde zwar in vielen Ländern auch der Ruf nach mehr **sozialer Gerechtigkeit** größer, doch **die EU** selbst ist in ihren Bemühungen, ein sozialeres Europa zu schaffen, zumindest für die **breite Öffentlichkeit relativ blass** geblieben.

Dabei ist Europäische Union auf dem Gebiet der Sozialpolitik keineswegs untätig oder ohne konkrete Ziele. Sie hat aber in den meisten sozialpolitisch relevanten Politikfeldern **keine** weitreichenden eigenständigen **Kompetenzen**, sondern lediglich unterstützende Funktionen. Die im Rahmen der vertraglichen Vorgaben **vorhandenen Instrumente auf EU-Ebene** zur Stärkung der **sozialen Dimension** sind durchaus sinnvoll und entfalten im Rahmen der „Offenen Methode der Koordinierung“ und im Rhythmus des Europäischen Semesters auch gewisse Wirkungen in den einzelnen Mitgliedstaaten. Doch trotz der Formulierung konkreter sozialpolitischer Zielvorgaben auf Ebene der EU – etwa was die sozialpolitischen Ziele der Europa 2020-Strategie und die daraus abgeleitete „European platform against poverty and social exclusion“ betrifft – gibt es bislang **keine vollständige und kohärente Strategie der EU zur Förderung sozialer Gerechtigkeit.** Die vorhandenen Instrumente sowie die formulierten Ziele in Bereichen wie Armutsvermeidung, Beschäftigung, Gesundheit oder Bildung stehen für den externen Beobachter eher **lose** und manchmal auch recht **unübersichtlich nebeneinander.** Zudem sind die komplexen Mechanismen der „Offenen Methode der Koordinierung“ sowie der laufenden länderspezifischen Berichterstattung **lediglich einer überschaubaren Fachöffentlichkeit bekannt.** Die breite Öffentlichkeit nimmt von diesen wichtigen Bemühungen der EU dagegen so gut wie keine Notiz.

Dies ist sehr bedauerlich, denn die EU könnte in der Öffentlichkeit viel **Zustimmung** und damit eine **Stärkung der eigenen Legitimation** erzielen, wenn sie die in den EU-Verträgen selbst

formulierten Ziele zur Förderung eines sozialeren Europas auch kommunikativ stärker in den Vordergrund rücken würde. Eine Bündelung und kommunikative Zuspitzung der bislang bestehenden Einzelziele und Instrumente zu einer echten EU-Strategie zur Bekämpfung sozialer Ungerechtigkeit wäre daher sehr wünschenswert und **klar durch die vertraglichen Vorgaben gedeckt (Art. 3 EUV)**. Eine breitere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ist zudem zwingend nötig, um eine starke politische Hebelwirkung für die Durchsetzung sozialpolitischer Ziele zu entfalten. **Peer Pressure entsteht vor allem durch Öffentlichkeit**. Ein **regelmäßiges, klar kommunizierbares Vergleichsranking zur sozialen Gerechtigkeit** wie in Gestalt der vorliegenden Social Justice Studie kann hier zusätzlich sehr hilfreich sein, um den politischen Handlungsdruck in den einzelnen Mitgliedstaaten zu erhöhen.

Mit einer **integrierten Strategie, die die Ziele wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit** in einer kohärenten Form operationalisiert, hätte die Union zwar keine Erweiterung ihrer vertraglich fixierten Handlungskompetenzen erzielt; die Kommission könnte nicht – wie im Bereich des Stabilitäts- und Wachstumspakts – Fehlverhalten der Mitgliedstaaten durch die Verhängung von Strafen **sanktionieren**. Doch in der Öffentlichkeit könnte die Kommission das Ziel eines **sozial gerechteren Europas** stärker als bisher als Handlungsmaxime für die Mitgliedstaaten betonen und auch öffentlichkeitswirksamer **überwachen**. Zudem könnten auf einer solchen neuen diskursiven Basis auch die bereits bestehenden Initiativen der EU im Bereich sozialer Inklusion gestärkt und mit neuem Schwung versehen werden – etwa die Maßnahmen im Rahmen des **European Social Fund** zur Armutsreduzierung oder das so genannte **Social Investment Package (SIP)** der Kommission zur Förderung der Investitionen in individuelle Teilhabechancen.

4. Inklusives und nachhaltiges Wachstum: Richtige Weichenstellungen zwischen Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen vornehmen

Eine **Konsolidierung** der nationalen Haushalte durch konsequenten Schuldenabbau ist weiterhin eine absolute Notwendigkeit in der EU – nicht zuletzt im Interesse der Teilhabechancen künftiger Generationen. Das in Deutschland inzwischen im Grundgesetz verankerte disziplinierende Instrument einer **Schuldenbremse** ist vor diesem Hintergrund eine sinnvolle Politinnovation, die dabei helfen kann, eine übermäßige staatliche Verschuldung zu begrenzen und wieder zurückzufahren. Die im Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU formulierten **Stabilitätsziele** sollten für die Mitgliedstaaten weiterhin **handlungsleitend** sein, um die Stabilität des Euro nicht zu gefährden bzw. ein Wiederaufleben der Euro-Krise zu vermeiden.

Wird bei dem Ziel der Haushaltskonsolidierung primär auf den Ansatz des Sparens gesetzt, sollte jedoch stets zwischen **kurzfristigen** und **längerfristigen Auswirkungen** politikfeldspezifischer Einsparungen unterschieden werden. Im Sinne nachhaltiger Politikgestaltung, sollten nationale Regierungen grundsätzlich eine **langfristorientierte Perspektive** einnehmen und über entsprechende evidenzbasierte Instrumente zur **Politikplanung** und **Folgenabschätzung** verfügen. Die Entscheidung über die Allokation öffentlicher Mittel bzw. die Entscheidung über mögliche Einsparpotentiale sollte sich möglichst immer auf derartige Instrumente stützen, um langfristig negative Folgewirkungen zu vermeiden.

Massive **Einsparungen** etwa im **Bildungsbereich** oder im Feld Forschung und Entwicklung haben langfristig **negative Auswirkungen** nicht nur unter der Perspektive sozialer Gerechtigkeit, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die im aktuellen SGI-Bericht zu Spanien angeführten Beispiele sind hierzu sehr aufschlussreich. Die Gutachter warnen davor, dass die Einsparungen im Bildungsbereich die **Zugangschancen** sozial schwächerer Personen verringern. Die Konsequenzen der massiven Kürzungen im Feld Forschung und Entwicklung sind zudem bereits sichtbar: Durch die Abwanderung vieler junger Wissenschaftler ins Ausland – die Ländergutachter sprechen hier von einem gefährlichen „**brain drain**“ – wird die **Innovationskapazität des Wirtschafts- und Sozialstandort** Spanien langfristig geschwächt.

An dieser Stelle wird der enge wechselseitige Bezug zwischen dem Ziel **sozialer Gerechtigkeit** einerseits und dem Ziel **wirtschaftlicher Prosperität** und Leistungsfähigkeit andererseits erkennbar – und dieser Bezug ist keineswegs automatisch ein Trade-Off-Verhältnis. Im Gegenteil: **Investitionen in die Teilhabechancen der Menschen** – insbesondere mit Blick auf den Bereich Bildung – sind nicht nur aus Gründen der **sozialen Gerechtigkeit** sinnvoll, sie sind auch unter der Perspektive wirtschaftlichen **Wachstums** und der Aufrechterhaltung und Steigerung des **Innovationspotentials** eines Landes unerlässlich. Für alle EU-Staaten gilt daher: Die Herstellung gleicher Teilhabechancen ist sowohl eine ethisch-normative Verpflichtung im Sinne gesellschaftlicher Solidarität und gegenseitiger Verantwortung als auch eine grundlegende **Investition** in die **Zukunftsfähigkeit** der jeweiligen Gesellschaften überhaupt. Mangelnde oder ungleich verteilte Teilhabechancen der Menschen in Bereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt oder Gesundheit und ein daraus oftmals resultierendes hohes Maß an sozialer Exklusion sind **ökonomisch gefährlich**. Heutige **sozialpolitische Versäumnisse** und eine zu kurzfristige und undifferenzierte Sparpolitik können teure **Folgekosten** in der Zukunft verursachen: Die nachträgliche Kompensation und Reparatur sozialer Exklusion ist in der Regel die deutlich schlechtere Alternative als eine **proaktive** und **zielgruppenspezifische Investition** in **soziale Teilhabe**.